

Vorausschauend oder fantasielos?

Stadtverordnete lieferten sich vor Verabschiedung des Haushalts eine mehrstündige, hitzige Debatte

Während sich die einen überaus zufrieden mit dem städtischen Haushalt zeigten, wollten die anderen dem Zahlenwerk nicht zustimmen.

von Freya Altmüller

Marburg. Das Regierungsbündnis aus SPD, CDU und Bürgern für Marburg (BfM) warb am Freitag bei den übrigen Fraktionen im Laufe des Abends immer wieder um Zustimmung. Matthias Simon (SPD) nannte den Haushalt vorausschauend, sozial gerecht und solide. Erstmals würden wieder Schulden abgebaut. „Wir investieren in noch nie dagewesener Weise“, sagte Roger Pfalz (CDU). Für die Bereiche Kultur und Soziales sowie für das „allgemeine Leben“ würde so viel Geld wie noch nie ausgeben.

Mutlos und fantasielos waren hingegen die Adjektive, die Renate Bastian (Linke) dafür fand. Es sei der dritte Haushalt einer Koalition, die ihr Profil noch immer nicht gefunden habe.

Und auch bei vielen Einzelthemen gingen die Meinungen weit auseinander. Dirk Bamberger (CDU) sagte, für politischen Spielraum sei es wichtig, dass Marburg ein attraktiver Standort für Wirtschaftsunternehmen bleibe. Die Pharmaunternehmen in der Stadt seien ein Schatz, den es zu hüten und gut zu pflegen gelte. Renate Bastian (Linke) hingegen sagte, die Stadtverordneten sollten Rückgrat zeigen und die Gewerbesteuer erhöhen. Die ortsansässigen Unternehmen sollten dann eine Ermäßigung bekommen, wenn sie Jobtickets anbieten. Vertreter des Regierungsbündnisses nannten das Erpressung. Bastian jedoch sagte, die „Verursacher“ sollten zur Lösung beitragen. „Das ist einfach technisch nicht anders möglich“, so die Stadtverordnete.

Vertreter des Regierungsbündnisses lobten auch die Maßnahme für das Klima im städtischen Haushalt. Beispielsweise soll mit einer Million Euro dazu beigetragen werden, dass Wohnungen energetisch saniert werden können, ohne dabei die Warmmiete zu erhöhen.



Von sachlichen Argumenten über Stöhnen bis hin zu Zwischenrufen: Der Haushalt sorgte für eine rege Debatte. Foto: Thorsten Richter

Jonathan Schwarz von den Linken hingegen sagte, seine Fraktion wolle Jobtickets für alle Beschäftigten, denn: „Ohne eine Verkehrswende ist ein durchgreifender Klimaschutz unmöglich.“ Die Grünen wollten dazu ein wissenschaftlich begleitetes Projekt, bei dem der öffentliche Nahverkehr für alle kostenlos gestellt wird. Dazu sagte Andrea Suntheim-Pichler (BfM): „Hier ist der Bund gefordert, Marburg ist keine Insel.“ Eine Verkehrswende eingeleitet sah Dr. Fabio Longo (SPD) auch bereits mit diesem Haushalt. Der Stadtpass und die Radverkehrsoffensive sorgten dafür.

Zwischenrufe sorgten für Ärger

Marco Nezi (Grüne) sagte, das Motto dürfe nicht lauten: Bauen, bauen, bauen. Der Hasenkopf und der Obere Rotenberg würden auch ohne ausreichende Bürgerbeteiligung zu neuen Wohngebieten erklärt. Dabei würde privaten Renditeinteressen der Vorzug gegeben. Stattdessen bräuhete es Wohnungsbau in öffentlicher Trägerschaft.

Dafür wollten die Grünen das Kapital der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewobau um eine Million Euro aufstocken. Seine Fraktion lehne neue Wohngebiete nicht grundsätzlich ab, eine Erweiterung in Gisselberg sei beispielsweise denkbar.

Nezi erntete während seiner Rede zahlreiche Zwischenrufe. Er unterbrach sich selbst mit den Worten: „Ich stelle fest, dass ich mich nicht anschreien lasse.“

Gisselberg als Vorschlag reichte Anna Zels (SPD) nicht aus, sie verlangte weitere Ideen. „Je mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, desto günstiger wird er“, widersprach Roland Frese (BfM) Nezi. Die Ausweisung neuer Wohngebiete hätten die Grünen in 19 Jahren Stadtpolitik versäumt.

Auch über das Bildungsbauprogramm (Bibap) wurde gestritten: Madelaine Stahl (Grüne) sagte, es habe die Schwäche, dass nicht kurzfristig auf Aspekte von Schulentwicklung eingegangen werden könne. Ähnlich sah das auch die FDP-/MBL-Fraktion. Myriam Hövel (SPD)

hingegen verteidigte das Bibap. Sie sagte, die Lösung, die man mit der Elisabethschule gefunden habe, zeige gerade, wie flexibel das Programm ist. Schulgemeinde und Magistrat hatten sich darauf geeinigt, dass Mittel nun doch für einen anderen Zweck als ursprünglich festgelegt verwendet werden, für den Neubau von Unterrichtsräumen. „Welche andere Wahl hatte denn die Schulgemeinde?“, fragte dazu der Grüne Nezi.

Ditschler: Haushalt stellt Versorgung nicht sicher

Was der Haushalt im Bereich Kinderbetreuung vorsieht, bewerteten die Fraktionen ganz unterschiedlich: Matthias Simon sagte, der Ausbau der Kinderbetreuung gehe mit einer Qualitätsoffensive auf hohem Niveau weiter. Die Grünen-Stadtverordnete Stahl bemängelte, dass man nur die Einrichtungsleitung stärken wolle, aber nichts für die Verringerung der Gruppengrößen tue. „Die Mehrausgaben sind eigentlich nur steigenden Personalkosten geschuldet“, sagte Lisa Freitag (FDP/

MBL). Fraktionskollege Christoph Ditschler warf ein, durch den Haushalt sei die Versorgung mit wesentlichen Dingen wie einem Kita-Platz in der Stadt nicht gewährleistet. Es müsse sichergestellt werden, dass der Betrieb von Kitas auch bei hohem Krankenstand nicht ausfällt und es genug Plätze gebe.

Linke und Grüne hatten in ihren Änderungsanträgen die Gebührenbefreiung für die Betreuung von Unter-3-Jährigen gefordert. Die Stadt bleibe ihr Versprechen schuldig, sagte Stahl (Grüne). CDU-Stadtverordneter Pfalz sagte dazu: „Sie bleiben schuldig, wie die Abschaffung der Gebühren für die freien Träger aussehen soll.“ In den Änderungsanträgen der Grünen und der Linken waren keine zusätzlichen Zuschüsse der Stadt an die freien Träger vorgesehen.

Alle Anträge der Oppositionsfraktionen wurden mehrheitlich abgelehnt, auch jene, über die einzeln abgestimmt wurde. Der städtische Haushalt wurde mit der Mehrheit aus den Fraktionen im Regierungsbündnis verabschiedet.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!
von Freya Altmüller

Als ich gestern Morgen aufgewacht bin, hörte ich aus der Wohnung über mir Kindergeschrei. Dort wohnt ein vierjähriger Junge, der gar nicht mehr aufhören wollte, zu weinen. In mir keimte der Wunsch auf, zu helfen. Ich überlegte, ob ich so tun sollte, als hätte ich davon gar nichts gehört und zufällig in dem Moment ein kleines Geschenk vorbeibringen wollte, ein paar Märchenhefte aus meiner Kindheit. Oder sollte ich versuchen, den Jungen mit Hilfe meines Hundes (den er sehr mag) abzulenken? Ich könnte sagen, ich bräuhete Hilfe bei der Fellpflege. Doch während ich mir diese Gedanken machte, entschied der Vierjährige schon ganz allein, sich Hilfe bei mir zu holen. Er klopfte an meine Tür und wollte meinem Hund Leckerlis geben. Fünf von meinem Hund verspeiste Kracker später war die Ursache für sein Weinen schon so gut wie vergessen.

MELDUNGEN

Bürgerbeteiligung zu Wohngebiet am Hasenkopf

Marburg. Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies lädt zur Auftaktveranstaltung der zweiten Phase der Beteiligung an der Wohngebietsentwicklung am Hasenkopf ein. Die Veranstaltung findet heute von 17-19 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal (Barfüßerstraße 50) statt. Es soll über die nächsten Schritte des Verfahrens informiert werden und darüber, wie Bürger an der Vorbereitung des Städtebaulichen Wettbewerbs Hasenkopf mitarbeiten können.

Austausch über Grüner Star

Marburg. Heute um 14 Uhr im Haus der Begegnung (Bahnhofstraße 21) trifft sich die Glaukom-Selbsthilfegruppe. Glaukom (Grüner Star) ist eine Augenerkrankung, über die sich Betroffene unter der Leitung von Bettina Daniel austauschen. Die Gruppe soll dabei helfen, die Krankheit und die Untersuchungsergebnisse besser zu verstehen, Ängste abzubauen und Fragen zu klären. Eine Anmeldung per E-Mail ist erwünscht, aber nicht notwendig: danielbettina@web.de.

Workshop über Jungpflanzen

Marburg. Ab 17 Uhr findet heute ein Jungpflanzen-Workshop im Gesundheitsgarten der Stadt Marburg statt. Der Kurs vermittelt die Grundlagen der Jungpflanzenanzucht. Nach einer theoretischen Einführung wird gesät und pikiert. Der Teilnahmebeitrag liegt bei drei Euro. Es wird um Anmeldung gebeten unter info@gartenwerkstadt.de.

Kurs zu Wildkräutern

Marburg. Am Samstag, 30. März, findet von 14 bis circa 17.30 Uhr der nächste Wildkräutertreff auf dem Mannesse Hoop in Marburg-Ockershausen, Alte Kirchhofgasse 10 statt. Das Thema ist diesmal: Mit Wildkräuterspießen „Grünkraft“ tanken. Eine Anmeldung ist erforderlich unter info@mannesse-hoop.de oder 064 21 31 769.

Gedenken an deportierte Sinti und Roma

Der Oberbürgermeister, eine Nachfahrin und rund zwei Dutzend Gäste gedachten Opfern in Auschwitz

An einer Gedenktafel des heutigen Bauamts in der Barfüßerstraße wurde an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnert.

von Noel Rhiel

Marburg. Vor 76 Jahren ereignete sich an gleicher Stelle das unmenschliche Verbrechen, an das heute eine Tafel in der Barfüßerstraße 11 erinnert. Am 23. März 1943 wurden von hier aus die in Marburg lebenden Sinti ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Insgesamt fielen mehr als 500 000 Sinti und Roma dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer. Die Tafel am heutigen Bauamt wurde 1993 zum Gedenken an die Deportierten angebracht.

Um an ihr Schicksal zu erinnern, hielten Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD), Landrätin Kirsten Fründt und der Bundestagsabgeordnete Sören Bartol (SPD) am vergangenen Samstag eine öffentliche Schweigeminute ab. „Der Holocaust ist und bleibt ein Tief-

punkt – der Tiefpunkt – der menschlichen Geschichte. Wir werden und wir wollen diese Tat und ihre Opfer nicht vergessen“, sagte Spies. „In der Universitätsstadt Marburg wissen wir, dass die Kultur der Sinti und Roma eine unglaublich reiche ist“, fuhr der Oberbürgermeister fort. „Wir wollen, dass Sinti und Roma genauso zu unserer Gesellschaft gehören wie alle anderen auch.“ Das Stadtoberhaupt betonte die Notwendigkeit, sich an die Verbrechen des Nationalsozialismus zu erinnern, und bezog sich dabei auf jüngste Ereignisse, wie das Attentat auf zwei Moscheen in Christchurch in Neuseeland. „So etwas kann ich mir und will ich mir in unserem weltoffenen Marburg nicht vorstellen“, betonte Spies und erklärte, dass die Stadt Marburg 100 000 Euro in ein Projekt investieren werde, dass Rassismus und Rechtsextremismus in der Region bekämpfen soll.

Maria Strauß vom Landesverband deutscher Sinti und Roma beschrieb ihre persönlichen Erfahrungen mit den nationalsozialistischen Verbrechen: „Es fällt mir nicht leicht,

hier zu sein. Diese Erinnerung ist für mich mehr als bloße Geschichte.“

Strauß erzählte von ihrem Schwiegervater, der damals im Alter von 17 Jahren aus Cölbe

deportiert wurde, und erklärte, dass die Verfolgung und Diskriminierung der Sinti und Roma auch nach dem Ende des NS-Regimes nicht aufhörte. Beispielsweise lehnte der deutsche

Bundesgerichtshof 1956 einen Anspruch auf Entschädigung der verfolgten Sinti und Roma ab, erst Bundeskanzler Helmut Schmidt erkannte den Völkermord als solchen an.



Maria Strauß vom Landesverband deutscher Sinti und Roma beschrieb die Erfahrungen ihrer Familie mit den Verbrechen im NS-Regime. Daneben: Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies. Foto: Rhiel